

Gewerkschaft der Polizei

top @ ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de

eMail-News 05/2005

Reaktion der TdL zum Tarifabschluss

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wird das von den Gewerkschaften mit Bund und Kommunen erzielte Verhandlungsergebnis in dieser Form nicht übernehmen. Der Vorsitzende der TdL, der Niedersächsische Finanzminister Möllring, erklärte hierzu: „Die Einigung bindet die Länder nicht, da die TdL in Potsdam nicht am Verhandlungstisch war. Der Abschluss könne auch kein Muster für die TdL sein, so Möllring, weil wichtige Fragen wie die Arbeitszeitverlängerung nicht ausreichend und die Ermöglichung von eigenständigen Regelungen in den Ländern beim Weihnachts- oder Urlaubsgeld überhaupt nicht gelöst worden seien. Überdies wäre das Reformpaket und der Abschluss von Potsdam insgesamt von den Ländern nicht finanzierbar. „Das können die Länder nicht bezahlen“, sagte Minister Möllring. „Eine Reform mit Mehrkosten in den kommenden Jahren passt nicht in die Zeit und ist gegenüber den Steuerzahlern auch nicht verantwortbar. Die Reform passt nicht für die Personalstruktur der Länder. Insbesondere im Wissenschaftsbereich ist sie nicht finanzierbar. Überproportionale Gehaltssteigerungen von teilweise über 10 % (bis zu 500 Euro!), und das nicht nur in Einzelfällen, können die Länder nicht bezahlen.

Nach Berechnungen der TdL wären Mehrkosten allein im Hochschulbereich von über 200 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren zu finanzieren. Auch die Länder wollen die Bezahlung der Jüngeren verbessern, aber dazu enthält das Reformpaket keine solide Gegenfinanzierung. „Den Abschluss von Potsdam können sich die Länder nicht leisten“, so Möllring, „Die Länder bieten sichere Arbeitsplätze. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in weit überwiegender Zahl wissen das zu schätzen und sind zu Solidarbeiträgen bereit.“ Der Vorsitzende der TdL bekräftigte erneut, dass auch die TdL ein deutlich einfacheres, flexibleres und leistungsorientiertes Tarifrrecht anstrebt. Ein reformiertes Tarifrrecht für die Länder müsse aber auch den Bedürfnissen der Länder entsprechen, eine vergleichbare Behandlung mit den Beamten bei der Arbeitszeit und bei den Einmalzahlungen ermöglichen und die Lage der Länderhaushalte berücksichtigen. „Einer Diskussion hierüber kann sich ver.di jetzt nicht verweigern“, so der TdL-Vorsitzende. Die TdL war und ist weiterhin jederzeit verhandlungsbereit.“